

Schweiz: Kommission will Rentenalter auf 67 Jahre erhöhen

BERN. Das Rentenalter 67 kommt auf die politische Tagesordnung. Bei der Reform der Altersvorsorge schlägt die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrats eine automatische Erhöhung des Rentenalters vor, falls die AHV in finanzielle Schieflage gerät. Die Idee stammt von den grossen Wirtschaftsverbänden: In einem ersten Schritt soll das Rentenalter der Frauen wie vom Bundesrat vorgeschlagen auf 65 Jahre angehoben werden. 0,6 Mehrwertsteuer-Prozente sollen die AHV

zusätzlich stabilisieren. Reicht das nicht aus, werden weitere Schritte fällig: Sobald der AHV-Fonds unter 100 Prozent einer Jahresausgabe sinkt, muss der Bundesrat dem Parlament Korrekturmassnahmen vorschlagen. Mit bloss 0,6 zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten ist das unvermeidlich. Die Kommission sei sich bewusst, dass spätestens 2018 eine neue Reform nötig sei, sagte SGK-Vizepräsident Thomas de Courten (SVP/BL) gestern vor den Medien in Bern. Werden keine Massnahmen ergriffen oder

reichen diese nicht aus, greift der Automatismus: Sobald der AHV-Fonds unter 80 Prozent fällt, wird das Rentenalter um bis zu zwei Jahre auf 67 Jahre erhöht, und zwar schrittweise um maximal 4 Monate pro Jahr.

Die Mehrwertsteuer würde parallel dazu um 0,4 Prozent angehoben. Nach den Prognosen der Kommission könnte der Mechanismus 2035 wirksam werden. Findet dieser Kommissionsentscheid im Parlament eine Mehrheit, ist die Reform der Altersvorsorge akut gefährdet. (sda)